

Saale-Beitung.

Zweilundvierzigster Jahrgang.

Nr. 456.

Galle a. S., Montag, den 28. September

1908.

Krieg am Balkan?

Es aus Wien wird der „Saale-Ztg.“ von gut unterrichteter diplomatischer Seite geschrieben:

Die Ereignisse in Bulgarien werden in hiesigen politischen Kreisen mit gespanntester Aufmerksamkeit verfolgt. Die Spalte soll nämlich, wie bestimmt versichert wird, dem österreichisch-ungarischen Botschafter, Markgrafen Pallavicini, ungenügend erklärt haben, daß, falls Bulgarien die auf ostrommeligen Gebiete gelegenen Strecken der Orientbahn weiter besetzt halten sollte, die Türkei auch vor den äußersten Mitteln nicht zurückschrecken wird, um diesen Gewaltakt zu verhindern. Die Türkei beruft sich darauf, daß sie nunmehr als konstitutionelle Regierung für ihre Schritte dem Parlament verantwortlich ist und daß die von Bulgarien vorgenommene Verletzung der türkischen Hoheitsrechte im Volke den größten Unwillen hervorgerufen habe. Zum Schluß der Unterredung, die zwischen dem österreichischen Botschafter und dem Großvezir stattgefunden hat, folgte erklärt haben, daß im Falle Bulgarien nicht nachgeben sollte, ein Appell an die Waffen unannehmlich wäre. Der österreichisch-ungarische Minister des Äußeren, Freiherr v. Lehrenthal, hat sich sofort, nachdem ihm diese Unterredung übermittelt wurde, mit den Regierungen der Großmächte in Verbindung gesetzt, um gemeinsam die Mittel zu ergreifen, einem trügerischen Zusammenstoß zwischen den beiden Mächten vorzubeugen.

Daß man in Oesterreich mit der nahen Möglichkeit schwerer Wirren rechnet, geht auch aus einer Meldung hervor, derzufolge vorgestern 3 Bataillone des 16. Infanterie-Regiments nach Plovdiv zur Verstärkung der österreichisch-ungarischen Garnison abgegangen sind. Die Entsendung dieser Truppen scheint allerdings mehr eine Demonstration gegen gewisse serbische Intrigen zu sein, doch besteht die Zusammenziehung von Streitkräften an den österreichischen Balkanfronten bei der gegenwärtigen Lage jedenfalls bedeutungsvoll. Ueber die Spannung zwischen der Türkei und Bulgarien hat sich der bulgarische Gesandte in Paris zu einem Mitarbeiter der „Neuen Presse“ ausführlich geäußert. „Bulgarien will nicht“, so sagte er, „die Annexion von Thrakien forcieren, noch seine tatsächliche bestehende Unabhängigkeit demonstrieren. Es begnügt sich mit dem tatsächlichen Zustande, ohne auf die Formfrage Gewicht zu legen. Andererseits kann aber Bulgarien nicht zugeben, daß seine staatliche Abhängigkeit, die bloß in der Form existiert, in Wirklichkeit aber nicht vorhanden ist, demonstrativ proklamiert werde.“

Besüglich der besonders aktuellen Eisenbahnfrage erklärte er, die bulgarische Regierung habe mit ausdrücklicher Genehmigung des Vizekönigs der Orientbahngesellschaft den Betrieb der ostrommeligen Bahn übernommen, weil der Streit eine Unterbrechung des Betriebes herbeiführen ließ. Eine Verstaatlichung der Bahn sei schon im Interesse der nationalen Verteidigung dringend geboten: Die Regierung habe aber in der ganzen Frage nicht mit der türkischen Regierung zu tun, sondern mit der Betriebsgesellschaft der orientalischen Bahnen.

Von verschiedenen Seiten wird inzwischen die Meinung laut, daß die Kriegsmöglichkeiten durch das Zubehören zum Zusammenstoß des Fürsten Ferdinand und des Kaisers Franz Josef stark abgeschwächt seien. In jedem Falle ist auf eine Intervention der Mächte zu rechnen, die gewiß sind, Komplikationen auf dem Balkan zu verhindern.

Konstantinopel, 28. Sept. (Meldung des Wiener K. K. Telegraphen-Bureaus.) Auf Grund genauer Erhebungen kann den Russen ergebende Nachrichten über Truppentransporte entgegen festgestellt werden, daß im zweiten und dritten Korpsbereich, Saloniki und Adrianopel, durchaus keine militärischen Maßregeln gegen Bulgarien ergriffen worden sind. Auf der Spalte und im Kriegsministerium herrscht zuverlässige Friedensstimmung.

Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz.

(Eigener Bericht.)

S. u. H. Vuzgen, 28. Sept. 1908.

Heute (Montag) tritt im Saale des hiesigen Rathhauses die Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz zu ihrer 5. Delegiertenversammlung zusammen, die gegenwärtig wichtigsten sozialpolitischen Fragen behandeln wird. Zu diesem Zwecke wird sich die Delegiertenversammlung in fünf Kommissionen gliedern, in denen u. a. die Frage, die Frage der industriellen Gifte, die A. n. d. Arbeit und Heilmittel, der Maximalarbeitszeit, der Polizeit der Arbeiter in Ungewisse und die Verletzung ausländischer Arbeiter eingehend erörtert werden sollen.

Im Namen des Bureaus der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz in Basel hat der Präsident der Vereinigung, Nationalrat und Landammann des Kantons St. Gallen, Heinrich Scherzer, der Delegierten-

versammlung einen Bericht über die Tätigkeit des Bureaus in den beiden letzten Jahren erstattet. Der Bericht bezieht sich die Finanzlage der Vereinigung als eine völlig geordnete. Zur Sicherung der gegenseitigen Anregung der Sektionen und zur häufigeren Information des Bureaus hat dieses beschloffen, Vierteljahrsberichte der Sektionen einzusenden. Wenn die Mittel der Vereinigung es erlauben, wird es vielleicht möglich sein, diese Vierteljahrsberichte einem größeren Kreise von Mitgliedern der Internationalen Vereinigung zugänglich zu machen. Das Bureau der Vereinigung war bei dem Internationalen Kongreß zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Mailand und dem Minimallohn-Kongreß der Anti-Sweating League in London durch sein Generalsekretariat vertreten. — In Bezug auf die Pflege des Internationalen Arbeiterschutzes konzentriert der Bericht mit Befriedigung, daß alle Spanatarstaaten, mit Ausnahme Desterreichs, Dänemarks, Spaniens, Ungarns, Italiens und Schwedens, die Ratifikationen des Vertrages betreffend das

Verbot der Nachtarbeit

der Frauen vorkommen. In Oesterreich-Ungarn und Italien sollen diese Ratifikationen im Herbst 1908 niedergelegt werden. Dänemark hat sich die Ratifikationen für das Jahr 1910 nach der Revision seines Fabrikgesetzes vorbehalten. In Spanien sind die Erhebungen der Regierung noch im Gange. Das einzige Land, dessen Parlament die entsprechende Regierungsvorlage abgelehnt hat, ist Schweden, wo besonders die Frauenvereine und andere Interessentenverbände von einem solchen Gesetze nicht wissen wollen. Der Bericht bezieht hierzu, daß man dessen versichert sein dürfte, daß, wie bereits in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien, der Kampf der Feministen gegen den Frauenhahnd eines natürlichen Todes auch in den nördlichen Ländern sterben werde. — Auf dem Gebiet des Verbots der Verwendung von weisem Phosphor und dem der Versicherung der ausländischen Arbeiter verzeichnet der Bericht mit Befriedigung einen wesentlichen Fortschritt in fast allen. In der Internationalen Vereinigung vertretenen Ländern hat die Internationale Vereinigung zählt gegenwärtig zu ihren Mitgliedern zwölf Sektionen mit insgesamt 4233 Mitgliedern und 27 direkte Mitglieder. Unter den 4260 Mitgliedern befinden sich Korporationen der Arbeiter und Angestellten, deren Mitgliederzahl sich auf etwa 5 1/2 Millionen beläuft. Die größte Sektion der Vereinigung ist die deutsche, die 1695 Mitglieder zählt. Die der deutschen Sektion angegliederte Gesellschaft für soziale Reform ist in neuerer Zeit an mehreren der großen gewerblichen Friedensschlüsse (Baugewerbe, Holzindustrie, Metallgewerbe) durch ihre leitenden Mitglieder in hervorragendem Maße beteiligt gewesen.

Kampf der Feministen gegen den Frauenhahnd

Die Beschlüsse des Reichstages, bei den öffentlichen Eisenbahnen, der Marine und der Eisenbahnen tauftragne Unternehmern besonders zu berücksichtigen und eine rechtliche Sicherung der Arbeitstarifordere herbeizuführen, sind vorwiegend auf Antrag von Parteiführern, die dem Ausschuh der Gesellschaft für soziale Reform angehören, gefaßt worden. Endlich ist eine Mustervorlage für Arbeitstarifordere von Dr. Freund ausgearbeitet worden, die den Gewerbevereinen, Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften usw. zugeandt worden ist. Die Gesellschaft betrachtet es auch weiterhin als ihre Aufgabe, das gewerbliche Eingangsweien zu fördern. Ferner hat sich die Gesellschaft für soziale Reform in ihren Unterausschüssen mit der Frage der

Privatbeamtenversicherung

beschäftigt und zu denen dem Reichstage zugegangenen neueren sozialpolitischen Gesetzen Stellung genommen. Auf ihrer Generalversammlung hat sich die deutsche Sektion besonders mit den Methoden des gewerblichen Eingangsweiens befaßt. Vorbereitet waren die Verhandlungen durch eine Studienreise nach England und Schottland, an der Nationalökonom und Arbeiterführer teilgenommen hatten. Den Gesamteindruck der Verhandlungen der Generalversammlung faßte der Vorhändige, Hr. v. Berlepsch, dahin zusammen, daß auch in Deutschland die Erkenntnis von der Möglichkeit und Notwendigkeit der Regelung der Arbeitsverhältnisse im Großbetrieb durch Verhandlung und Vertrag zwischen Arbeitgeber und Arbeiter wächst, und daß die Erwartung geklärt wurde, es werde dies Erkenntnis auch praktische Erfolge zeitigen. Das Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes hat auch den Frauen den Beitritt zu politischen Vereinen ermöglicht. Der Gesellschaft für soziale Reform sind infolge dessen sofort drei ausfüh. weibliche Mitglieder umfassende Vereine mit insgesamt 47 500 Mitgliedern beigetreten.

Die umfangreiche Aufgabe, die dem internationalen Arbeitssamte gestellt wurde, war die Durchführung einer Enquete über den

Maximalarbeitszeit.

Diese Enquete umfaßt eine Zusammenstellung des gesamten Materials über die Frage der Wirkungen der Verkürzung der Arbeitszeit, insbesondere auf die Leistungsfähigkeit der Arbeiter und die Fortschritte der Technik, wie auch neue Erhebungen über die tatsächliche Dauer der Arbeitszeit und über die Schichteneinteilung in ununterbrochenen Betrieben. Eine Publikation über diesen Gegenstand war aus dem Grunde bisher nicht möglich, da in einer Reihe von Staaten noch Untersuchungen im Gange sind, und da es wünschenswert erscheint, das Ergebnis dieser Untersuchungen durch Vergleich mit jenen der Einzeluntersuchungen der Sektionen einheitlich auszugestalten. — In Bezug auf die Bemerkung konstatiert der Bericht, daß in Großbritannien der Registrierungsantrag auf 23 neue Zweige der Heimarbeit erstreckt wurde. In allen übrigen Ländern, namentlich im Deutschen Reich und in Oesterreich ist ein Fortschritt auf diesem Gebiete zuerst zu erwarten. — Von

dem in Frankfurt a. M. im Jahre 1908 ins Leben tretenden Institut für Gewerbe-Systeme verpflichtet sich der Bericht eine lebhaftige Förderung der Verhandlungen der Internationalen Vereinigung. Das Bureau der Vereinigung hat den früheren Vizepräsidenten Theodor Curti und den Direktor des Internat. Arbeitssamtes Prof. Dr. Stephan Bauer mit der Vertretung der Vereinigung im großen Rate dieses Institutes betraut. — Die Frage der Gleichberechtigung der Ausländer in Bezug auf die Leistungen der Arbeiterversicherung ist dadurch gefördert worden, daß verschiedene Entwürfe zu einem internationalen Unfallversicherungsvertrage ausgearbeitet worden sind. Der Bericht hofft, daß nunmehr auf Grund dieser Vorlagen ein fruchtbringendes Ergebnis zu erzielen sein wird.

Deutsches Reich.

Sof- und Personalnachrichten.

Der Papst hat dem bayerischen Ministerpräsidenten Freiherrn v. Bodemann das Großkreuz des Bismarckorden verliehen und den päpstlichen Nuntius in München mit der persönlichen Uebertragung des Ordens beauftragt.

Zur Reichsfinanzreform.

(Der Bundesrat. — Kein Elektrizitätsmonopol. — Die Matruklarbeiträge. — Alkoholfreie — Steuerfrei!)

Ueber die Reichsfinanzreform werden, wie man weiß, die Verhandlungen der Bundesratsausschüsse heute beginnen. Nach einem Berliner offiziellen Telegramm der „Köln. Ztg.“ wird in amtlichen Kreisen erwartet, daß die Vorlage im Laufe des Oktober im Bundesrat zur Erledigung gelangen kann, so daß alsdann der Reichstag bei seinem Zusammentritt bereits die Gesetzesvorlage erhalten wird. Vorher soll eine Veröffentlichung der Steuerprojekte nicht erfolgen, was schon dadurch zu erklären ist, daß zunächst abgewartet werden muß, in welcher Form die den Bundesrat vorliegen. Schließlich wird noch vermerkt, daß die zukünftige Reichsbesteuerung niemals an ein Elektrizitätsmonopol geknüpft werden, sondern eine andere Besteuerung der Elektrizität vorsehen. — Eine Steuer auf Gas und Elektrizität, besonders soweit sie für Kraft zu industriellen Zwecken in Anwendung gebracht werden soll, ist den Christlich-Sozialen sehr unpopulär. Edward Rippe schreibt dazu im „Stoedischen Volk“:

„Gerade die Elektrizität hat zur Dezentralisation der Industrie geführt und ist heute ein unentbehrliches Kraftmittel des gewerblichen Mittelstandes. Dießem steht die abnehmende Steuerlast gegenüber, die durch eine neue Steuer zu vergrößert werden halten wir für falsch. Die Besteuerung der elektrischen Kraft ist genau so unmodern und wird genau so unangenehm empfunden werden wie die Fahrkartensteuer.“

Gegen die Besteuerung des elektrischen Lichts hat dieser Christlich-Soziale, so lange ein Petroleummonopol besteht, nicht gerade viel einzuwenden. — Darüber, daß die alkoholfreien Getränke steuerfrei bleiben sollen, spricht die „Düss. Tagesztg.“ abermals über Bauern aus. „Diese Cäfte, Limonaden und künstlichen Mineralwässer sind im wesentlichen Luxusgetränke, bei denen der Fabrikant in der Regel ungeheuer viel verdient und die dem Magen nur selten beizuhelfen können. Es gibt wenige Steuerbefreiungen, die zu einer Belastung so geeignet sind, wie eine solche Belastung so gut vertragen, wie die alkoholfreien Getränke. Wenn irgendeine, so könnte bei diesen Industrieerzeugnissen der Fabrikant die stärkere Belastung ohne Schwierigkeit tragen. Käst man diese Getränke steuerfrei, so liegt darin eine bedauerliche Ungerechtigkeit und Unbilligkeit gegen das Bier, insbesondere gegen die oberährigen Biere, die meist, ja fast regelmäßig billiger und bekömmlicher sind als jene Produkte der Chemie.“

Was Lipp.

Zur Angelegenheit des Prinzen Bernhard zu Lipp teilt die „Täg. Rundschau“ mit, die Darstellung über die Vorgänge bei den Kavallerieübungen in der Sennel sei unzutreffend. Es sei nicht richtig, daß der Kaiser den Prinzen Bernhard absichtlich dort nicht haben sehen wollen. Er habe ihn überhaupt nicht gesehen, und es habe sich auch keine Gelegenheit zu einer persönlichen Begegnung zwischen beiden ergeben. Der Fürst zu Lipp habe an den Kaiser die Bitte gerichtet, den Abschied seines Bruders aus der Armee zu genehmigen. Dies Gesuch sei in Berlin unermärgelt gekommen. — Wo doch!

Graf Zeppelin contra Major Groß.

Zu dem in einigen Blättern gebrachten Bericht über einen angeblichen Konflikt zwischen dem Grafen Zeppelin und Major Groß wird die „Wolff. Ztg.“ von der Militärbehörde ermächtigt, folgendes zu erklären: „Von einem Konflikt zwischen beiden Aeronauteen ist im Kriegsministerium nicht das Geringste bekannt. Es beruht auf einem Irrtum, wenn behauptet wird, daß mit dieser Angelegenheit sich bereits das preussische Militärkabinett befaßt haben soll. Graf Zeppelin war Freitag vormittag lediglich zu dem Zwecke nach Berlin gekommen, um mit dem Reichsamt des Innern wegen Abnahme seines dienstliches Personals zu verhandeln und am eventuell mit der Behörde den Zeitpunkt des nächster „Fliegs zu vereinbaren.“

Die Feier auf dem Niederwalde.

Aus Kassel wird uns telegraphisch gemeldet: Die Städte Bingen und Niederwalde begingen gestern das 25jährige Jubiläum der Erhebung des Niederwaldens...

Deutschlands Antwortnote.

Wie aus Paris gemeldet wird, erklärte der spanische Minister des Aeußeren einem Berichterstatter des „N. Y. H.“ die Antwortnote Deutschlands auf die franz.-spanische Note...

Student und Politik.

Mit der Frage, ob der Student Politik treiben soll, beschäftigt sich in einer Broschüre, die demnächst im Buchhandel erscheinen wird, der bekannte Rechtsgelehrte, Prof. Dr. Franz o. Liszt. Er führt aus: Die einen sagen ihm: Du bist nicht reich genug, um Politik zu treiben...

wurden der deutsche Konsulatsretz und der Konsulatsoldat, die die Deputierte auf dem Dampfer abliefern sollten, von französischen Marineoffizieren angegriffen; ersterer wurde von einem Offizier mit dem Revolver bedroht, letzterer gefesselt und erst auf Einschreiten des deutschen Dragomans freigelassen.

Sozialdemokratische Waprechtssdemonstrationen.

Aus Lemberg meldet der Telegraph: Heute vormittag fanden vor dem Landtage und vor dem Krankenhauseingebäude Demonstrationen der sozialdemokratischen Partei statt...

Entdeckung eines unterirdischen Bombenlagers.

Gestern ist in Tiflis neben einem Hause ein großes unterirdisches Bomben- und Waffenlager entdeckt worden. Die Zahl der gefundenen fertigen Bomben beträgt etwa hundert.

Der König von Spanien in Paris.

Der König von Spanien hatte eine Besprechung mit Ministerpräsident Clemenceau und Minister Piou, der auch der spanische Minister des Aeußeren Alcala-Calaizares betheiligte.

Ein Streik der Petersburger Studenten.

Aus Petersburg wird uns gemeldet: In einer am Sonntagabend in Petersburg abgehaltenen Versammlung von Studenten der Petersburger Universität wurde mit 2900 Stimmen gegen 72 bei 88 Stimmenthaltungen beschlossen...

Aus der Türkei.

Aus Konstantinopel wird berichtet: Die Ernennung des Colasministers Chre m Bey zum Unterrichtsminister und des früheren Hofkassiers in Teheran Schem ud din Bey zum Colasminister wird amtlich bekannt gegeben.

Die Berliner Hochbahnkatastrophe.

Die Ursache der Katastrophe. Das Unglück auf dem Gleisdreieck ist in erster Reihe auf eine grobe Fahrlässigkeit zurückzuführen. Während noch bis in die späten Nachmittagsstunden hinein die Meinungen der Sachleute darüber geteilt waren, wies der beiden Zugführer die Schuld an der Katastrophe trifft, ergab sich, wie ein Mitarbeiter des „N. Y.“ an zuständiger Stelle erzählt, nach den Feststellungen der Hochbahngesellschaft am Abend folgender Tatbestand:

Am 1. Uhr 42 Minuten fuhr von der Sattelstele Weipzigerplatz ein Zug nach dem Osten. Um 1 Uhr 39 Minuten fuhr von der Station Wilmsdorf ein Zug nach Westen in der Richtung Weidenbrücke. Dieser Zug hatte freie Fahrt und fuhr in voller Geschwindigkeit auf die Gleisverbindung zu, die auf dem Gleisdreieck am Maschinenhaus der Gesellschaft für Markt- und Kühlhallen liegt und in die beide aus der Stadt und dem Westen nach dem Osten fließende Gleise münden.

Der Zug wurde von den Gleisen geworfen. Der erste Wagen überfuhr mit lautem Krach das Schutzgelenk, stieß gegen die Ede des Maschinenhauses der Markt- und Kühlhallengesellschaft, schnitt ein dort befindliches Gerüst glatt ab und stürzte aus einer Höhe von acht Metern in die Tiefe.

ein — ein dummer Knall, dem eine Feuerfäule folgte. Der erste Wagen des Zuges, der das Haltegelenk überfuhr, entgleiste und den höheren Winddruck schlugen ihn von dem Sinnerterföhrer. Höheren Winddruck schlugen ihn von dem Sinnerterföhrer.

Sicherung der Schuldigen.

Der schuldige Motorwagenführer Schreiber wurde bis auf weiteres vorläufig festgenommen. Ueber seine förmliche Verhaftung hat der zuständige Richter zu entscheiden. Die Berechnung des schuldigen Motorführers Schreiber und seines Begleiters Wende dauerte norderlens bis in den späten Abend hinein. Beide behaupten übereinstimmend, sie hätten das Signal für freie Fahrt gehabt.

Ein Mitarbeiter des „N. Y.“ gibt noch folgende Darstellung von der Stätte der Katastrophe:

Es war ein grauenvoller Anblick, der sich an der Unfallstelle bot. Oben auf der etwa 8 bis 10 Meter hohen Bahnhöhebrücke hingen die Wagen der beiden Unglückszüge. Sie waren in einen dichten Knäuel zusammengeschoben. Der eine von ihnen hing zur Hälfte über die Brücke hinaus in die Luft, und man erwartete jeden Augenblick, daß er herunterstürzen würde.

Von dem Wagen, der aus der beträchtlichen Höhe herabgestürzt war, blieb nur ein Rest von zerbrochenen Holzteilen, zerbrochenen Eisenstücken und zermalmeten Steinwänden übrig. Gange Spalten von Feuerwunderluten waren eifrig bemüht, den nach oben ragenden Fußboden des Wagens abzuheben und die Toten und Verwundeten, die sich darunter befanden, zu bergen.

Zurück das Gedränge hindurch führt ein Krankenwagen nach dem anderen heran, um die Verwundeten und Toten in die nächsten Krankenhäuser und Unfallstationen zu schaffen. Fast heißt es, als wolle die lange Reihe der Wagen kein Ende nehmen. Erst gegen 4 Uhr hatte man sich überzogen, daß unter den Trümmern keine Verletzten mehr lagen. Die Feuerwehr war inzwischen in unermüdlicher Arbeit damit beschäftigt, die Trümmer wegzuräumen.

Die Teilnahme des Kaisers. Vom Kaiser ist dem Minister der öffentlichen Arbeiten Breitenbach aus Rominten folgendes Telegramm zugegangen: Schmerzhaft bewegt durch die Nachricht des schweren Unglücks, das sich auf der Berliner Hochbahn zugetragen hat, beauftragte ich Sie, den Angehörigen der Beurlaubten sowie der Direktion der elektrischen Eisenbahn, deren Verwaltung bisher vorzügliches leistete, meine wärmste Teilnahme auszusprechen.

Wilhelm R.

Eisenbahnminister Breitenbach besuchte gestern im Krankenhaus die bei dem vorgefallenen Zusammenstoß der Hochbahn Beurlaubten und überreichte ihnen im Auftrag des Kaisers ein kaiserliches Beileidschreiben.

Ron der königlichen Eisenbahn-Direktion auf der technischen Ausschäftsbehörde der Hochbahngesellschaft erfahren wir folgendes: Nach dem vorläufigen Ergebnis der sofort vorgenommenen von Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten auf der Unfallstelle angeordneten örtlichen Untersuchung muß angenommen werden, daß der bedauerliche Unfall auf das Uebersetzen des Halt zeigenden Haupt- und Vorlaufes durch den Weipzigerplatz kommenden Zug herbeigeführt worden ist.

Im Urban-Krankenhaus. Mit geschwärtzten Gesichtern, gräßlichen Verwundungen und zerhackten Gliedmaßen ruhen hier die Opfer. Einer Reihe war der Kopf völlig abgerissen. Es ist nicht zu bezweifeln, daß die Verwundeten, die dem seit untermittlichen Geschehen ein Angehöriger rekonvalesziert wurde. Während die einen in trauernder Geduld ihren Schmerz auszuhalten, konnten es

Ausland.

Die Ausschreitungen französischer Soldaten gegen deutsche Konsulatsbeamte.

Ueber den Vorfall in Casablanca ist folgende amtliche Meldung eingegangen: Bei der Einschiffung von drei deutschen Deputierten der Fremdenlegion

andere nicht lassen, daß der, den sie kurz zuvor noch blühend und im Wohlstand seiner Straße verlassen, jetzt kalt und starr am Boden lag. Eine Frau beschuldigte in ihrer Erregung die Krankenhausverwaltung, daß sie ihr nicht die volle Wahrheit eingesehe und daß man sie nur verdrängen wolle. Bis in die späten Nachstunden hinein hatten die Beamten alle Hände voll zu tun, um all den Fragen, die auf sie einströmten, gerecht zu werden. Einzelne Leidende sind vollständig unkenntlich.

Ein Augenzeuge schreibt noch: Die Erinnerung wehrt sich, das schauerhafte Bild noch einmal heranzurufen, das die Toten und Bewundenen auf den Tragbahnen boten, über deren weiße Linen das Blut rann. Entsetzliche Einzelheiten gab es, und es griff einem eistalt ans Herz, als ein Feuerwehmann einen abgerissenen Kranenarm durch das Gedränge trug. An der Hand bligte noch der Ehrengang. ... Wie zusammengeworfene Pakete lagen mannde Tote da. Und über dem allen der wolkenlose Himmel und die volle Sonne — das blinde unbeflümmerte Schicksal sprach in seiner graugleichen Unmittelbarkeit. Drogen stand noch der Unglückszug; über den Habdutt hing der zweite Wagen, aus dem sich die Passagiere hatten retten können.

Ein tragisches Gescheh

erwilt Frau Dr. Elisabeth Rosenthal v. d. Leyen in Wilmersdorf, Pragerstraße 11 wohnhaft. Die Dame, die selbst Ärztin ist und mit einem Arzte, Dr. Oskar Rosenthal, erst seit einem Jahre verheiratet ist, fuhr um 1/2 Uhr vom Wittenbergplatz nach dem Halleschen Tor, um Patienten zu besuchen. Frau Dr. Rosenthal wurde bestunungslos und hoffnungslos in das Urban-Krankenhaus geschafft, wo sie am Abend im Beisein ihres Gatten starb. Frau Dr. Rosenthal war in Bremen am 13. Oktober 1874 geboren und eine Tochter des vortragenden Rates der Verkehrsabteilung im Ministerium der öffentlichen Arbeiten, Geheimen Oberregierungsrats Dr. von der Leyen.

Der Kaiser

ließ sich über die Katastrophe sofort durch den Kommandanten von Berlin, Generalmajor v. Boehn, eingehenden Bericht erstatten und durch Militärärzte in den Krankenhäusern Erkundigungen einholen.

Die erste Wellenwirkung des Unglücks machte sich wohl in den Telephonbüchern bemerkbar. Man hörte von den Beamtinnen hier und dort an den Apparaten, wenn man nach Verbindungen verlangte, Ausrufe der Verzweiflung über den Ansturm. Begreiflich genug. Welches war denn wohl der erste Gedanke, der sichtbar durch die Herzen und die Hirne aller quakte, deren Augen auf die Extrablätter fielen?! „War nicht einer unserer Angehörigen, unserer Freunde, unserer Bekannten unter den Fahrgästen des Unglückszuges?“ ... Wer irgend einen draußen im Großstadtstrom wußte oder wähnte, der rechnete auch mit der nahen oder entfernten Möglichkeit, daß dieser gerade um jene verhängnisvolle Stunde herum zwischen dem fernen Westen und dem Halleschen Tor die Hochbahn benutzte.

Schaden und Schadenersatz.

Der Materialschaden, den die Hochbahngesellschaft durch den Unfall erleidet, ist groß. Zahlreiche Schadenersatzprozesse dürften die Folge der Katastrophe sein. Als nicht-unerheblich darf der Verlust bezeichnet werden, den die Hochbahn infolge der geringeren Verkehrseinnahmen erlitten hat und noch erleiden dürfte. Es ist anzunehmen, daß das Publikum, durch die Katastrophe topfisch geworden, die Hochbahn minder tege als bisher benutzen wird, wie bereits am Sonnabendabend die Frequenz der Hochbahn erheblich nachgelassen hatte.

Nach der Katastrophe.

Die Katastrophe hat auf die übrigen öffentlichen Verkehrs-

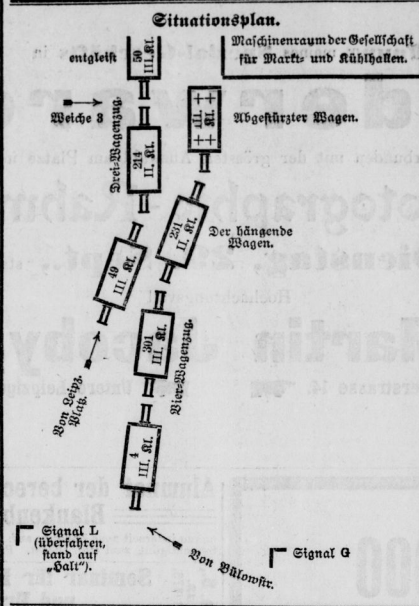
mittel Berlins einen noch nicht dagewesenen Rückschlag ausgelöst. Sämtliche verfügbaren Kieferwagen der Großen Berliner Straßenbahn wurden dem Verkehr übergeben, die bestaunten Mannschaften wurden, soweit es möglich war, in die Bahnhöfe zurückgeholt. Auch die Autobusse und Verkehrsmittel der Allgemeinen Berliner Omnibusgesellschaft waren vollständig an den Straßen; trotzdem konnte der Verkehr, besonders im Westen Berlins, nur mit der größten Mühe bemanigt werden. Die „Große Berliner“ hat wohl die doppelte Zahl von Passagieren befördert als

fließ deshalb die Katastrophe auch nicht in dem vollen Umfange befähigt hat, wie es zuerst schien — man sprach von 50—60 Toten — so ist das Unglück doch noch sehr und Umfang so schwer, daß sehr ernstlich die Frage erörtert werden muß, wie sich ähnliche Ereignisse vermeiden lassen. Die Berliner Hochbahn ist aus dem vorkrieglichen Bedürfnis entstanden, eine schnelle Verbindung des Ostens mit dem Westen und beider Richtungen mit der inneren Stadt herzustellen. Dieser Aufgabe dient auch die neue Strecke, die vom Leipziger Platz bis zum Spittelmarkt, also in das Herz Berlins führt; sie sollte in den nächsten Tagen eröffnet werden. Doch auch damit ist das Netz der Hoch- und Untergrundbahnen nicht abgeschlossen. Man plant eine neue Verbindung vom Norden zum Süden, und besonders die westlichen Vororte Charlottenburg und Schöneberg haben gleichfalls Anspruch an die Hoch- und Untergrundbahn gefordert. Erst vor wenigen Wochen ist der erste Patentantrag für die Untergrundbahn gestellt worden, die Schöneberg an das übrige Netz anknüpfen soll. Sie sollte allein 9 Millionen, und der Bürgermeister von Schöneberg wies etwas melancholisch darauf hin, daß man diese Summe aufwen- den, einzig, um einige Minuten oder allenfalls eine Viertelstunde zu ersparen. Aber das großstädtliche Leben geht nun einmal im Eilzugtempo, und es hätte keinen Sinn, gegen den hastenden Zug unserer Zeit zu protestieren. Um so notwendiger erscheint es aber, solche Katastrophen auszuweichen, soweit es im menschlichen Vermögen liegt. Die Berliner Hochbahn ist zweifellos vom technischen Standpunkt aus ein ganzes Wert; gerade das Gleis- bried, das sich hoch in den Lüften über der Potsdamer Bahn spannt, ist von erstaunlicher Kühnheit. Man hat es konstruiert, um zu verhindern, daß ein Zusammenstoß zweier Züge erfolgen kann. Nun ist das Unglück doch eingetreten, und es konnte erfolgen, weil es einen schwachen Punkt gab, dort nämlich, wo die Bahnen aus dem Zentrum und dem Westen zusammenlaufen. Damit wird das Verschulden des Wagenführers nicht geringer; aber es muß eben Vorbehalte getroffen werden, daß ein Unfall unmöglich ist, selbst wenn ein Beamter unachtsam sein sollte. Es ist deshalb schon jetzt entschieden, daß die Hochbahn völlig um- gebaut werden soll, derart, daß Kreuzungen überhaupt nicht mehr bestehen. Man will an den Kreuzungspunkten neue Eingebahnhäuser mit zwei Etagen bauen. Wenn leider die Opfer der jetzigen Katastrophe nicht wieder lebendig gemacht werden können, so soll doch dafür gesorgt werden, daß ein ähnlicher Unfall in Zukunft nicht wieder passieren kann.

Wetter-Aussichten.

- (Auf Grund der Berichte des Reichs-Wetter-Dienstes.)
- 29. September: Wolky mit Sonnenschein, kühl, lebhaft. Wind 30.
 - 30. September: Bewölkt, bedeckt, normale Temperatur, Strohregen.
 - 1. Oktober: Wolky mit Sonnenschein, angenehm warm, meist trocken.
 - 2. Oktober: Bewölkt, angenehm mild, meist trocken, Strohregen.
 - 3. Oktober: Meist heiter, viel Wolkenzug, tags warm, lebhafter Wind.

Vertung: Wilhelm Georg. Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gerichte und Sport: Eugen Rintmann; für das Feuilleton und Vermischtes: Paul Schaumburg; für den Sonderbeilieg: Fritz Kang; für den Inseratenteil: Friedrich Endrulat; Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S. — Diese Nummer umfaßt 12 Seiten — einschließlich „Unterhaltungsblatt“.



an gewöhnlichen Sonnabenden, und auch die „Allgemeine“ hatte einen erheblich gesteigerten Zulpruch zu verzeichnen. Die Halte- stellen der Automobile und Droschken waren bald von ihren Ge- fährten entleert, und einen leeren Wagen anzutreiben, war für die Theater- und Konzertbesucher ein Ding der Unmöglichkeit. Besonders in der Nähe des Potsdamer Bahnhofs haute sich der Verkehr oft minutenlang zu einem undurchdringlichen Gewirr von Wagenburgen und Menschenmassen.

Ein Umbau der Berliner Hochbahn notwendig.

* Durch die Unachtsamkeit eines Wagenführers ist in der zweiten Nachmittagsstunde des Sonnabends über die Berliner Hochbahn ein graufiges Unglück heraufbeschworen worden. Wenn

Hallesches Adressbuch 1909.

Die Hauslisten für den Jahrgang 1909 sind den Herren Hauseigentümern bzw. Verwaltern zur Weitergabe an die verehrlichen Haushaltungsvorstände zugegangen. Letztere werden gebeten, die erforderlichen Angaben genau und deutlich in die Hauslisten einzutragen und diese so schnell wie möglich weiterzugeben. Diejenigen Gewerbetreibenden, denen eine besondere Eintragungslarte für ihr Gewerbe nicht zugestellt wurde, mögen auf sorgfältiges Ausfüllen der einzelnen Rubriken in der Hausliste achten, weil diese Angaben auch als Grundlage für die Aufnahme im Gewerbenachweis benutzt werden. Da die

Abholung der Hauslisten Freitag, den 2. Oktober,

beginnt, so richten wir an diejenigen Haushaltungsvorstände, denen die Hauslisten bisher noch nicht vorgelegt wurden, das Ersuchen, bei ihren Hauseigentümern oder Verwaltern wegen der Liste Nachfrage zu halten und für eine schnelle Eintragung Sorge zu tragen oder uns ihre Angaben unverzüglich direkt zugehen zu lassen. Es empfiehlt sich, die Vorbestellung auf Adressbücher gleichzeitig in die dafür vorgesehene Spalte der Hausliste einzutragen, da mit Schluß des Vorbestelltermins — 31. Oktober — der um 1 Mark höhere Ladenpreis eintritt.

Da die Bewohner von Halle a. S. das größte Interesse daran haben, das Adressbuch so vollkommen und zuverlässig wie nur möglich gestaltet zu sehen, dürfen wir wohl erwarten, daß alle Einwohner durch genaue Ausfüllung der Hauslisten und durch deren schnelle Weitergabe unsere mühevoll und kostspielige Zusammenstellung unterstützen.

Halle a. S., den 28. September 1908.
Große Steinstraße 11.

August Scherl,
Deutsche Adressbuch-Gesellschaft m. b. H.

